

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

27. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. Oktober 1974	Nummer 95
--------------	---	-----------

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 85 verzögert sich um einige Tage. Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20025	9. 9. 1974	RdErl. d. Innenministers Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Kauf).	1412
20025	9. 9. 1974	RdErl. d. Innenministers Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten (BVB-Wartung) . . . . .	1412
21260	2. 9. 1974	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Finanzierung seuchengesetzlicher Untersuchungen. . . . .	1412
21281	10. 9. 1974	Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Staatliche Anerkennung von Kurorten – Stadt Brakel – . . . . .	1412
21281	10. 9. 1974	Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Staatliche Anerkennung von Kurorten – Stadt Wiehl – . . . . .	1413
770 750	10. 9. 1974	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Versagung und Nebenbestimmungen der wasserrechtlichen Erlaubnis oder Bewilligung für Auskiesungen und Entsandungen . . . . .	1413
7830		Berichtigung zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 17. 7. 1974 (MBI. NW. S. 1023) Erhebung von Gebühren für amtsärztliche Herkunfts- und Gesundheitsbescheinigungen im Interzonenverkehr . . . . .	1413

II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Datum		Seite
	<b>Minister für Bundesangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei</b>	
6. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises . . . . .	1413
10. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises . . . . .	1413
	<b>Innenminister</b>	
9. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises . . . . .	1413
	<b>Landschaftsverband Rheinland</b>	
10. 9. 1974	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises . . . . .	1414
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Innenminister . . . . .	1414
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales . . . . .	1414

## I.

20025

**Anwendung  
der Besonderen Vertragsbedingungen  
für den Kauf von EDV-Anlagen  
und -Geräten (BVB-Kauf)**

RdErl. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 –  
IA 1/51 – 09.02

Nach § 4 Abs. 2 ADV-Organisationsgesetz – ADVG NW – vom 12. Februar 1974 (GV. NW. S. 66/SGV. NW. 2006) bedarf die Beschaffung von Datenverarbeitungssystemen einschließlich peripherer Geräte sowie von Datenerfassungsgeräten und Einrichtungen zur Datenfernübertragung für die Landesverwaltung und die Gesamthochschulen, wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen meiner Zustimmung.

Ich werde künftig dem Ankauf von DV-Anlagen und -Geräten aller Art grundsätzlich nur dann zustimmen können, wenn dem Vertrag die BVB-Kauf zugrunde gelegt werden.

Die Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten sind von der Koordinierungs- und Beratungsstelle für die EDV in der Bundesverwaltung in Abstimmung mit dem Kooperationsausschuß ADV Bund/Länder/Kommunaler Bereich erarbeitet worden. Sie wurden im GMBL 1974 Nr. 19 S. 326ff. und als Beilage Nr. 15 zum Bundesanzeiger 1974 veröffentlicht.

Es liegt im Interesse der gesamten öffentlichen Verwaltung, daß durch die Anwendung der „Besonderen Vertragsbedingungen“ beim Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten den Herstellern gegenüber eine einheitliche Vertragspolitik betrieben wird. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird deshalb empfohlen, die Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten ebenfalls anzuwenden.

Im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, Finanzminister, Kultusminister, Minister für Wissenschaft und Forschung, Justizminister, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

– MBl. NW. 1974 S. 1412.

20025

**Anwendung  
der Besonderen Vertragsbedingungen  
für die Wartung von EDV-Anlagen  
und -Geräten (BVB-Wartung)**

RdErl. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 –  
IA 1/51 – 09.03

Als Ergänzung zu den Besonderen Vertragsbedingungen für den Kauf von EDV-Anlagen und -Geräten sind von der Koordinierungs- und Beratungsstelle für die EDV in der Bundesverwaltung in Abstimmung mit dem Kooperationsausschuß ADV Bund/Länder/Kommunaler Bereich auch Besondere Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten erarbeitet worden. Diese sind anzuwenden, wenn für gekaufte EDV-Anlagen oder -Geräte besondere Wartungsleistungen vereinbart werden.

Die Besonderen Vertragsbedingungen für die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten sind im GMBL 1974 Nr. 19 S. 326 (351ff) sowie als Beilage Nr. 15 zum Bundesanzeiger 1974 veröffentlicht worden.

Im Interesse einer einheitlichen Vertragspolitik der öffentlichen Verwaltung wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts empfohlen, die BVB-Wartung ebenfalls anzuwenden.

Im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, Finanzminister, Kultusminister, Minister für Wissenschaft und Forschung, Justizminister, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

– MBl. NW. 1974 S. 1412.

21260

**Finanzierung  
seuchengesetzlicher Untersuchungen**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 2. 9. 1974 – VI A 2 – 27.20.04

Der RdErl. d. Innenministers v. 4. 7. 1962 (SMBL. NW. 21260), wird mit Wirkung vom 12. 7. 1974 wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.1 wird in Zeile 6 nach dem Wort „Medizinaluntersuchungsstellen“ eingefügt „gemäß Tarifstelle 10.15.3 des Gebührentarifs der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 98), geändert durch Verordnung vom 28. Mai 1974 (GV. NW. S. 196) – SGV. NW. 2011 –“ und in Zeile 7 die Zahl 145 durch die Zahl 250 ersetzt.

2. In Nr. 3.1 werden

in Zeile 7 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 8 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 12 die Zahl 3,50 durch 6,00,  
in Zeile 14 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 18 die Zahl 6,50 durch 11,20,  
in Zeile 21 die Zahl 4,20 durch 7,20  
ersetzt.

In den Zeilen 19 und 20 fällt fort: „ohne Anreicherung ... 3,20 DM“.

3. In Nr. 3.3 tritt in Zeile 5 die Zahl 1,80 an die Stelle der bisherigen Zahl 1,40.

4. In Nr. 5.1 werden die Zeilen 7 und 8 wie folgt ersetzt: „gemäß Tarifstelle 10.15.3 des Gebührentarifs der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung eine Pauschgebühr von jährlich 250,- DM je angefangene 1000 Einwohner in Rechnung.“

5. In dem Muster des Antrags-Formblatts der Anlage 2 werden in der linken Spalte nach der Überschrift „Berechnung“

in Zeile 6 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 7 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 11 die Zahl 3,50 durch 6,00,  
in Zeile 14 die Zahl 4,70 durch 8,10,  
in Zeile 17 die Zahl 6,50 durch 11,20  
ersetzt.

In der rechten Spalte werden

in Zeile 3 die Zahl 4,20 durch 7,20,  
in Zeile 7 die Zahl 1,40 durch 1,80,  
in Zeile 15 die Zahl 145,00 durch 250,00  
ersetzt.

Zeile 2 fällt fort.

– MBl. NW. 1974 S. 1412.

21281

**Staatliche Anerkennung von Kurorten  
– Stadt Brakel –**

Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 10. 9. 1974 – VI B 3 – 56.01.127

Aufgrund der §§ 1 und 2 der Verordnung über die staatliche Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Heilbad oder Kurort vom 30. November 1971 (GV. NW. S. 378/SGV. NW. 2128) habe ich der Stadt Brakel, Kreis Höxter, die Artbezeichnung

„Staatlich anerkannter Luftkurort“  
verliehen.

– MBl. NW. 1974 S. 1412.

21281

**Staatliche Anerkennung von Kurorten  
– Stadt Wiehl –**

Erl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 10. 9. 1974 – VI B 3 – 56.01.97

Aufgrund der §§ 1 und 2 der Verordnung über die staatliche Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Heilbad oder Kurort vom 30. November 1971 (GV. NW. S. 378/SGV. NW. 2128) habe ich der Stadt Wiehl, Oberbergischer Kreis, die Artbezeichnung

„Staatlich anerkannter Luftkurort“

verliehen.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

770  
750

**Versagung und Nebenbestimmungen  
der wasserrechtlichen Erlaubnis  
oder Bewilligung für Auskiesungen  
und Entsandungen**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
v. 10. 9. 1974 – III A 3 – 606/11 – 14423

Auskiesungen und Entsandungen können nach §§ 2, 3 WHG erlaubnis- oder bewilligungspflichtige Gewässerbenutzungen sein. Auf meinen Erlass vom 29. 7. 1974 (n. v.) III A 3 – 606/11 – wasserrechtliche Beurteilung von Auskiesungen oberhalb des Grundwassers – nehme ich Bezug.

Die Erlaubnis und die Bewilligung sind zu versagen, soweit von der beabsichtigten Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen oder durch Maßnahmen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 4 Abs. 2 Nr. 3 WHG) verhütet oder ausgeglichen wird (§ 6 WHG).

Der Begriff „Wohl der Allgemeinheit“ ist auf die Gesamtinteressen der Allgemeinheit und nicht allein auf das öffentliche Interesse an einer geordneten Wasserwirtschaft abgestellt (OVG Münster, Beschluß vom 29. 12. 1971 – XI A 834/70 – ZFW 1973, S. 56). Das ergibt sich namentlich aus §§ 13 Abs. 1, 14 LWG. Danach sind Benutzungsbedingungen und Auflagen insbesondere zulässig, um nachteilige Wirkungen für die Ordnung des Wasserhaushalts, den Bergbau, die Gesundheit der Bevölkerung, die Fischerei, die gewerbliche Wirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft, den Natur- und Landschaftsschutz, den Verkehr und das Wohnungs- und Siedlungswesen zu verhüten oder auszugleichen (§ 13 Abs. 1 LWG). Nach § 14 LWG umschließt das Wohl der Allgemeinheit im Sinne von § 6 WHG ausdrücklich insbesondere auch den Schutz der Gesundheit und der Bodenfruchtbarkeit. Das „Wohl der Allgemeinheit“ gebietet daher eine Würdigung der öffentlichen Belange und Interessen unter allen Gesichtspunkten, die sich im Einzelfall feststellen lassen.

Eine Erlaubnis oder Bewilligung darf nicht mit dem Hinweis auf außerwasserrechtliche Belange abgelehnt oder an Nebenbestimmungen (Auflagen, Benutzungsbedingungen) außerwasserrechtlicher Art geknüpft werden, die in einem anderen Verwaltungsverfahren und von einer anderen Behörde zu regeln sind. Soweit eine Abgrabungsgenehmigung zu erteilen ist, bitte ich daher, landschaftspflegerische Nebenbestimmungen, deren Inhalt sich aus dem Abgrabungsgesetz vom 21. November 1972 (GV. NW. S. 372/SGV. NW. 75), aus den Verwaltungsvorschriften zum Abgrabungsgesetz, aus dem Reichsnaturschutzgesetz oder dem Landesforstgesetz ergibt, nicht in die wasserrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung, sondern in die Abgrabungsgenehmigung aufzunehmen.

Außerwasserrechtliche öffentliche Belange können bei der Erlaubnis oder Bewilligung vor allem dann nicht zur Begründung einer Entscheidung herangezogen werden, wenn eine andere Behörde in ihrer zuständigen Verantwortung und aufgrund ihrer Sachkunde diese Belange bereits anders beurteilt hat. Haben die jeweiligen, nicht dem Bereich der Wasserwirtschaft zugehörenden Belange eine rechtliche Konkretisierung durch eine spezielle Rechtsnorm oder durch bestandskräftigen Verwaltungsakt erfahren, so sind sie bei der Erlaubnis

und Bewilligung dagegen zu berücksichtigen. Die Erlaubnis und die Bewilligung sind daher zu versagen oder mit Nebenbestimmungen zu versehen, wenn andernfalls die Benutzungsvorgänge gegen verbindliche Verbote außerwasserrechtlicher Art verstößen würden.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

7830

**Berichtigung**

zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
v. 17. 7. 1974 (MBl. NW. S. 1023)

**Erhebung von Gebühren  
für amtsärztliche Herkunfts- und Gesundheits-  
bescheinigungen im Interzonenverkehr**

In der Überschrift muß es richtig heißen:

Erhebung von Gebühren für amtstierärztliche Herkunfts- und Gesundheitsbescheinigungen im Interzonenverkehr.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

**II.**

**Minister für Bundesangelegenheiten  
und Chef der Staatskanzlei**

**Ungültigkeit  
eines Konsularischen Ausweises**

Bek. d. Ministers für Bundesangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei v. 6. 9. 1974 – I B 5 – 451 – 3/66

Der am 16. August 1966 von dem Ministerpräsidenten des Landes NW – Chef der Staatskanzlei – ausgestellte Konsularische Ausweis Nr. 1583 für Fräulein Mesrure Akev, Sekretärin im Türkischen Generalkonsulat Köln, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes NW zuzuleiten.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

**Ungültigkeit  
eines Konsularischen Ausweises**

Bek. d. Ministers für Bundesangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei v. 10. 9. 1974 – I B 5 – 451 – 23/74

Der am 7. Juni 1974 von dem Chef der Staatskanzlei des Landes NW ausgestellte Konsularische Ausweis Nr. 2743 für Herrn Halit Anar, Bote im Türkischen Generalkonsulat Essen, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes NW zuzuleiten.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

**Innenminister**

**Ungültigkeitserklärung  
eines Dienstausweises**

Bek. d. Innenministers v. 9. 9. 1974 – II C 4/15-20.96

Der Dienstausweis Nr. 194 des Regierungsangestellten Josef Engels, geb. am 24. 4. 1949, ausgestellt am 7. 9. 1970 vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Der unbefugte Gebrauch des Dienstausweises wird strafrechtlich verfolgt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Landesamt für Besoldung und Versorgung NW, 4 Düsseldorf, Völklinger Str. 49 zurückzugeben.

– MBl. NW. 1974 S. 1413.

**Landschaftsverband Rheinland****Ungültigkeitserklärung  
eines Dienstausweises**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland v. 10. 9. 1974 –  
590 – 640-29/04

Der vom Landschaftsverband Rheinland – Autobahn-Neubauamt Köln – für L. Oberbauamtmann Walter Schinke ausgestellte Dienstausweis Nr. 06 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, diesen dem Landschaftsverband Rheinland – Fernstraßen-Neubauamt Köln –, 5 Köln 91, Am Grauen Stein 33, zuzustellen.

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

**Regierungspräsident – Düsseldorf –**

Regierungsdirektor R. Scheufler  
zum Innenminister

Oberregierungsrätin J. Voll-Hartung  
zum Innenminister

Oberregierungsrat Dr. E.-H. Ritter  
zum Ministerpräsidenten

Regierungsrat Dr. W. Jenkner  
zum Minister für Wissenschaft und Forschung

**Regierungspräsident – Münster –**

Regierungsdirektor K.-D. Koehler  
zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf

**Es ist in den Ruhestand getreten:****Regierungspräsident – Düsseldorf –**

Regierungsdirektor R. Schmitz

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

**Personalveränderungen****Innenminister****Ministerium****Es sind ernannt worden:**

Regierungsdirektoren

E. Langer,  
Dr. H. Rabeneck  
zu Ministerialräten

**Nachgeordnete Behörden****Es sind ernannt worden:****Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen**

Oberregierungsrat A. Mecklenbeck  
zum Regierungsdirektor

Regierungsräte  
J. Claßens,  
O. Seiger  
zu Oberregierungsräten

**Landeskriminalamt**

Regierungsschemierat z. A. Dr. H. Nickel  
zum Regierungsschemierat

**Regierungspräsident – Arnsberg –**

Regierungsdirektor E. Frieling  
zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat W. Kohlwes  
zum Regierungsdirektor

**Regierungspräsident – Köln –**

Oberregierungs- und -baurat Dipl.-Ing. H. Freitag  
zum Regierungsdirektor

**Regierungspräsident – Münster –**

Regierungsrat z. A. Dipl.-Volkswirt J. Junghänel  
zum Regierungsrat

**Polizeipräsident – Wuppertal –**

Abteilungspräsident Dr. H.-W. Fritsch  
zum Polizeipräsidenten

**Es sind versetzt worden:****Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen**

Oberregierungs- und -vermessungsamt Dipl.-Ing. F. Brand  
zum Innenminister

**Regierungspräsident – Arnsberg –**

Leitender Regierungsdirektor M. Müller  
zum Regierungspräsidenten in Detmold

**Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales****Ministerium****Es sind ernannt worden:**

Leitender Ministerialrat Dr. H. Reuter zum Ministerialdirigenten

Ministerialrat R. Stenzel zum Ministerialdirigenten unter gleichzeitiger Versetzung vom Hessischen Sozialministerium zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerialrat D. Buchholz zum Leitenden Ministerialrat

Ministerialrätin Dr. E. Funke zur Leitenden Ministerialrätin

**Die Regierungsdirektoren**

F. W. Broede

A. Pieper

H. König

zu Ministerialräten

**Die Oberregierungsräte**

Dr. K. G. Werner

Dr. D. Plewe

**zu Regierungsdirektoren**

Oberstudienrat A. Stockebrand zum Studiendirektor

**Die Regierungsräte**

H. Th. Schmitz

G. Rininsland

Dr. R. Eichholz

H. Siebel

**zu Oberregierungsräten**

Regierungs- und -gewerberat Dipl.-Ing. W. Hohmann zum Oberregierungsgewerberat

Frau E. Moskal unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Regierungsrätin z. A.

Dipl.-Physiker Dr. E. Kugler unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Regierungsrat z. A.

**Es sind in den Ruhestand getreten:**

Ministerialdirigent Dr. H. Studt

Leitender Ministerialrat G. Leven

Ministerialrat Dr. E. Drabik

**Es ist ausgeschieden:**

Ministerialdirigent H. Neseker durch Übertritt zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf eigenen Antrag

**Nachgeordnete Dienststellen****Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit****Es sind ernannt worden:**

Richter am Arbeitsgericht W. Bitter, Arbeitsgericht Köln, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht beim Landesarbeitsgericht Düsseldorf

Richterin B. Schuster zur Richterin am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Wuppertal

Richter W. D. Schulte zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Hamm

Richterin G. Nordmeyer zur Richterin am Sozialgericht beim Sozialgericht Gelsenkirchen

Richter A. Bremer zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Aachen

Richter Dr. B. J. Müller zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Köln

Richter am Landessozialgericht H. Pieroth, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, zum Vorsitzenden Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht A. M. Roesler, Sozialgericht Dortmund, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Arbeitsgericht Dr. R. Hüttemann, Arbeitsgericht Bonn, zur Vorsitzenden Richterin am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf

Richter am Arbeitsgericht H. Ch. Matthes, Arbeitsgericht Bochum, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Hamm

Richter am Arbeitsgericht U. Goerdeler zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtführender Richter beim Arbeitsgericht Rheine

Richterin M. Jansen zur Richterin am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Düsseldorf

Richter K. Bröhl zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Köln

Richter R. vom Felde zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Düsseldorf

**Es sind versetzt worden:**

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht H. Geck als Präsident des Sozialgerichts vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Sozialgericht Dortmund

Richter am Arbeitsgericht K. H. Gerke vom Arbeitsgericht Herford an das Arbeitsgericht Bielefeld

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht J. Schafmeister vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Schleswig-Holsteinische Landessozialgericht in Schleswig

Richter am Sozialgericht W. Kiene vom Sozialgericht Dortmund an das Sozialgericht Münster

Richter am Arbeitsgericht Dr. H. Iffland vom Arbeitsgericht Wuppertal an das Arbeitsgericht Essen

**Es sind in den Ruhestand getreten:**

Richter am Sozialgericht Dr. B. Köttgen, Sozialgericht Köln

Richter am Sozialgericht Dr. W. Schmelz, Sozialgericht Gelsenkirchen

Richter am Landessozialgericht Dr. R. Strehl, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Arbeitsgericht E. Brockmann, Arbeitsgericht Bielefeld

Richter am Arbeitsgericht G. Pohl, Arbeitsgericht Essen

Richter am Sozialgericht K. Kortmann, Sozialgericht Düsseldorf

Präsident des Sozialgerichts W. Göbelsmann, Sozialgericht Dortmund

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Dr. H. Worbs, Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht H. Waechter, Landesarbeitsamt Hamm

Richter am Sozialgericht Dr. S. Troost, Sozialgericht Duisburg

**Gewerbeaufsichtsverwaltung****Es sind ernannt worden:**

Die Regierungsgewerbedirektoren

J. Garbe – StGAA Recklinghausen –

J. Wenzel – StGAA Köln –

zu Leitenden Regierungsgewerbedirektoren

Oberregierungs- und -gewerberat H. Stöckmann – Regierungspräsident Köln – zum Regierungsgewerbedirektor

Oberregierungsgewerberat G. Zeyen – StGAA Recklinghausen – zum Regierungsgewerbedirektor

Die Regierungsgewerberäte

F. Watermeier – StGAA Solingen –

H. Olsen – StGAA Soest –

K. Richter – StGAA Köln –

D. Hanke – StGAA Düsseldorf –

W. Mahr – StGAA Köln –

H. Ostertag – StGAA Duisburg –

P. Lechtenberg – StGAA Siegen –

U. Lange – StGAA Detmold –

L. Reimers – StGAA Köln –

O. Schulte – StGAA Duisburg –

zu Oberregierungsgewerberäten

Die Regierungs- und -gewerberäte

E. O. Hülsmann – Regierungspräsident Arnsberg –

K. Laumeier – Regierungspräsident Arnsberg –

zu Oberregierungs- und -gewerberäten

Die Regierungsgewerberäte z. A.

L. Balzer – StGAA Düren –

E. Kottmann – StGAA Dortmund –

R. Kriege – StGAA Hagen –

H. J. Stöcker – StGAA Krefeld –

G. Szelag – StGAA Aachen –

H. Wollny – StGAA Dortmund –

zu Regierungsgewerberäten

Regierungsgewerberat z. A. U. Gausmann – Regierungspräsident Düsseldorf – zum Regierungs- und -gewerberat

Oberregierungsrat Dr. F. Ludwig – Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen – zum Regierungsdirektor

Regierungsrat G. Stadge – Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen – zum Oberregierungsrat

Gewerbemedizinalrätin z. A. D. Gossing – Staatl. Gewerbeärztin Düsseldorf – zur Gewerbemedizinalrätin

**Es sind versetzt worden:**

Regierungsgewerbedirektor H. Stöckmann – Regierungspräsident Köln – an das StGAA Köln

Regierungsgewerbedirektor R. Kamphausen – StGAA Mönchengladbach – an das StGAA Wuppertal

Regierungsgewerbedirektor J. Wenzel – StGAA Aachen – an das StGAA Köln

Oberregierungs- und -gewerberat K. Laumeier – Regierungspräsident Arnsberg – an die Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerberat M. Giese – StGAA Krefeld – an das StGAA Mönchengladbach

Regierungsgewerberat z. A. Dr. P. Backes – StGAA Köln – zum Regierungspräsidenten Münster

**Es ist in den Ruhestand getreten:**

Oberregierungsgewerberat J. Goertz – StGAA Mönchen-gladbach –

**Versorgungsverwaltung**

**Es sind ernannt worden:**

Abteilungsdirektor Dr. jur. U. Gerloff, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Präsidenten des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen

Leitender Regierungsdirektor E. Hahn, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Abteilungsdirektor

Regierungsmedizinaldirektor Dr. A. Penzl, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen – Außenstelle Köln –, zum Leitenden Regierungsmedizinaldirektor beim Versorgungsamt Köln

Oberregierungsmedizinalrat Dr. H. Casser, Orthopädische Versorgungsstelle Köln, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. K. Voigt, Versorgungsamt Duisburg, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. E. Seip, Versorgungsamt Köln, zum Regierungsmedizinaldirektor beim Versorgungsamt Aachen

Oberregierungsmedizinalrat G. Strutz, Versorgungsamt Wuppertal, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsrat G. de Vivie, Versorgungsamt Köln, zum Regierungsdirektor beim Versorgungsamt Essen

Oberregierungsmedizinalrat Dr. W. Wittenbrink, Orthopädische Versorgungsstelle Münster, zum Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsrat H. Leufgens, Versorgungsamt Köln, zum Oberregierungsrat

Regierungsrat G. Fels, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Oberregierungsrat

Regierungsrätin Th. von Witzleben-Wurmb, Versorgungsamt Bielefeld, zur Oberregierungsrätin

Regierungsmedizinalrat z. A. W. Gerdel, Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen in Bielefeld, zum Regierungsmedizinalrat

Regierungsrat z. A. G. Kahl, Versorgungsamt Gelsenkirchen, zum Regierungsrat

Regierungsrat z. A. D. Scarabis, Versorgungsamt Dortmund, zum Regierungsrat

Regierungsrat z. A. H. Woltering, Versorgungsamt Dortmund, zum Regierungsrat

**Es sind in den Ruhestand getreten:**

Präsident des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen Dr. jur. E. Freitag

Leitender Regierungsmedizinaldirektor Dr. H. Kratzsch, Versorgungsamt Köln

Regierungsmedizinaldirektor Dr. H. Franzen, Orthopädische Versorgungsstelle Köln

Regierungsmedizinaldirektor Dr. K. H. Wilcke, Versorgungsamt Dortmund

Regierungsmedizinaldirektor Dr. H. J. Herberg, Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Köln

Regierungsmedizinaldirektor Dr. W. Holz, Versorgungsamt Düsseldorf

Regierungsdirektor E. Reim, Versorgungsamt Dortmund

Regierungsdirektor Dr. jur. H. Schiller, Versorgungsamt Soest

**Gesundheitsverwaltung**

**Es sind ernannt worden:**

Leitender Regierungsmedizinaldirektor z. A. Professor Dr. U. Gleichmann, Gollwitzer-Meier-Institut des Staatsbades Oeynhausen, zum Leitenden Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsmedizinalrat Dr. W. Althoff, Regierungspräsident Münster, zum Oberregierungs- und -medizinalrat

Regierungs- und -pharmazierat W. Czirwitzky, Regierungspräsident Münster, zum Oberregierungs- und -pharmazierat

Regierungschemierat Dr. rer. nat. H. Baumann, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zum Oberregierungschemierat

Regierungschemierat H. Meseke, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zum Oberregierungschemierat

Regierungspharmazierätin z. A. E. Schulte-Austum, Regierungspräsident Detmold, zur Regierungs- und -pharmazierätin

**Es ist versetzt worden:**

Regierungschemierat Dr. E. Gerstmann, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen in Münster, zur Stadt Düsseldorf

**Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Es sind ernannt worden:**

Regierungsdirektor Dr. Ch. Langner zum Leitenden Regierungsdirektor

Regierungsrat Dipl.-Ing. H. Strauch zum Oberregierungsrat

Regierungsgewerberat W. Dierschke zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsrat z. A. Dr. U. Wittkötter zum Regierungsrat

Dipl.-Ing. P. Davids zum Regierungsrat z. A.

Dipl.-Physiker Dr. A. Junker zum Regierungsrat z. A.

**Es sind versetzt worden:**

Regierungsmedizinaldirektor Dr. R. Felten in den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern an das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Lövenich

Oberregierungsrat Dr. W. Rocker zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Es ist ernannt worden:**

Oberregierungsrat P. Heyer Zum Regierungsdirektor.

– MBl. NW. 1974 S. 1414.

**Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Liefer Schwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.